



Präsident Hans-Jürgen Krupp bei einer Konventssitzung in einem Hörsaal, der zuvor ein Kino war. Der Ort ließ sich gut polizeilich schützen.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp,
Dekan, Vizepräsident, Präsident**

**»LIBERALITÄT WAR NUR
MÖGLICH, WEIL WIR
VIELE POLITISCHE ZIELE
DER 68ER ABWEHREN
KONNTEN«**

50 Jahre nach 1968 nehmen viele als Anlass, ein Jubiläum zu feiern, bei dem die romantisierenden Töne überwiegen. Die eigentlichen Reformkräfte, zu denen ich mich zähle, erreichten Veränderungen aber nur unter harten Kämpfen, sowohl gegen die Konservativen als auch gegen die 68er.

Ich wurde 1969 als Ordinarius nach Frankfurt berufen. 1970 wurde ich schon Dekan der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Mit Prof. Erhard Kantzenbach, der 1971 zum ersten Präsidenten der Universität gewählt wurde, und anderen zusammen gründete ich die Hochschullehrergruppe »Liberale Hochschulreform«. Sie bemühte sich in einer drittelparitätlich bestimmten Universität mit Erfolg um eine mehrheitsfähige, gruppenübergreifende Koalition. 1973 wurde ich Vizepräsident und 1975 Präsident der Uni-

versität. 1979 verließ ich die Universität, um Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zu werden.

In der Dekade, die ich an der Universität erlebte, verloren studentische Aktionen wie die Störung von Vorlesungen oder Gremiensitzungen immer mehr die Rückendeckung der Mehrheit der Studenten. Die Beteiligung bei den AStA-Wahlen war rückläufig. Während sie 1972 noch



**PROF. HANS-JÜRGEN KRUPP,
Jahrgang 1933, lehrte von 1969 bis
1979 an der Goethe-Universität,
1970 als Dekan, 1973 als Vizepräsi-
dent, und ab 1975 als Präsident.**

bei 41,3 Prozent gelegen hatte, sank sie 1975 auf 24,4 Prozent. Aber in dem Maße, in dem die Wortführer die Mehrheit der Studenten nicht mehr hinter sich hatten, wurden ihre Aktionen rücksichtsloser, bis hin zu Aktivitäten, die man auch wohlwollend nur als kriminell bezeichnen kann.

Der Engelskonflikt

Prof. Wolfram Engels, ein Betriebswirt meiner Generation, der für die CDU als Bundestagskandidat angetreten war und sich später von der Universität beurlauben ließ, um Chefredakteur der Wirtschaftswoche zu werden, sollte im Wintersemester 1973/74 eine Einführungsvorlesung in die Wirtschaftswissenschaften halten. Er vertrat klar marktwirtschaftliche Positionen und hatte in der ihm eigenen Art auch keine Scheu vor Provokationen. Zunächst lehnte er Diskussionen mit Studenten ab. Am 19. November musste seine Vorlesung zum dritten Mal abgebrochen werden. Eine Woche später versuchte der Dekan, Prof. Fleischmann, die Situation dadurch zu retten, dass er im Einvernehmen mit Engels anbot, die Hälfte der Vorlesungszeit zur Diskussion zu verwenden. Nun zeigte sich, dass es nicht um die Diskussion ging. Schon

ZEITZEUGE

am 14. November hatte der AStA dazu aufgefordert, »nicht länger mit Engels zu diskutieren, sondern ihn dazu zu bringen, seine Vorlesung endgültig einzustellen«.

Am 3. Dezember musste die Vorlesung zum fünften Mal wegen massiver Störungen abgebrochen werden. Aufgrund einer Bitte der sich mit Engels solidarisch zeigenden Hochschullehrer und im Einvernehmen mit dem Dekan stellte Präsident Kantzenbach den Lehrbetrieb im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für die Woche vom 4. bis 10. Dezember 1973 ein. Seine Begründung: »Es geht in diesem Konflikt nicht um die Forderung der Studenten nach Kritikmöglichkeit an den Lehrinhalten. Für diese Forderung habe ich immer Verständnis gehabt, und sie wurde auch von Professor Engels erfüllt. Hier wird vielmehr versucht, einen Hochschullehrer wegen der von ihm vertretenen Auffassungen mundtot zu machen und seine Lehrveranstaltung in eine politische Propagandaveranstaltung umzufunktionieren. Ähnliche Vorfälle haben sich in jüngster Zeit auch an anderen Universitäten zugetragen. Ich sehe in ihnen massive Angriffe auf die akademische Lehrfreiheit, die durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt

ist. Die angewandten Methoden erinnern erschreckend an den Beginn der Naziherrschaft vor vierzig Jahren, als jüdische und marxistische Professoren von rechtsextremen Studenten angegriffen wurden.«

Als die Vorlesung am 17. Dezember erneut gesprengt wurde, entschied sich Präsident Kantzenbach für Polizeischutz und Zugangskontrolle. Für einen Termin funktionierte das auch. Nachdem die Zugangskriterien aber bekannt waren, gelang es einer größeren Zahl von Störern sich einzuschleusen. Als Ultima Ratio stellte der Präsident nun im Einvernehmen mit den Hochschullehrern und dem Dekan des Fachbereichs das Grundstudium in den Wirtschaftswissenschaften bis zum Semesterende ein. Daraufhin riefen die kommunistischen Gruppen einen allgemeinen Lehrboykott aus, der zwar in einer vom AStA veranstalteten Abstimmung mit einer Beteiligung von 48 Prozent eine Mehrheit von 54 Prozent erhielt, sich aber letztlich nicht durchsetzte.

Die Widerstandsbereitschaft der Professoren war unterschiedlich. Manche meinten, Herr Engels hätte nicht provozieren müssen, sondern seine Vorlesung einfach abbrechen können. Ob das die Sache denn wert gewesen sei. Letztlich entschieden sich die Hochschullehrer des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften aber für ein gemeinsames solidarisches Handeln.

Behinderung der demokratisch gewählten Gremien

Zahlreiche Konflikte entstanden um die Sicherstellung der Arbeit der universitären Gremien. Durch das Hessische Universitätsgesetz von 1970 waren in allen Gremien wissenschaftliche und sonstige Mitarbeiter sowie die Studenten vertreten. Das führte dazu, dass die universitären Gremien nicht ungestört tagen konnten. Insbesondere, wenn es zu Entscheidungen kam, die von der Mehrzahl der studentischen Vertreter nicht akzeptiert wurden. Dazu kam, dass sie immer wieder versuchten, Entscheidungen auf Gebieten herbeizuführen, die nicht zu den Aufgaben des jeweiligen Gremiums gehörten. Die Sitzungen des Kon-

vents konnten oft nur unter Polizeischutz stattfinden. Herr Kantzenbach hatte die Idee, den ungestörten Ablauf wiederherzustellen, indem er die Konventssitzungen in den Römer verlegte. Den Ort konnte man polizeilich gut sichern und er war für die Störer unbekanntes Gelände.

Der damalige Oberbürgermeister, Rudi Arndt, stimmte zu. Aber bei den Bediensteten im Römer überragte die Ängste. Da man ihnen nicht zumuten wollte, womit Bedienstete der Universität ständig leben mussten, durften sie an diesem Tag früher nach Hause gehen. Deshalb wurden spätere Konventssitzungen wieder in die Universität verlegt, allerdings fanden sie nicht mehr in der Aula statt, sondern in einem isoliert stehenden Hörsaal, einem früheren Kino, das sich gut polizeilich schützen ließ.

Auch in den Gremien kannte der Heldenmut manchmal Grenzen. Das galt insbesondere für die Fachbereichsgremien, in denen nun auch die Studenten mitwirkten. Hier trugen Professoren Entscheidungen mit, obwohl sie schlicht und einfach rechtswidrig waren. Ein Beispiel sind die anonymen Klausuren, die Gremien in der Medizin beschlossen hatten. Nach deren Auffassung war die Klausur in erster Linie dazu da, den Erfolg des Lehrenden zu beurteilen. Die Zuordnung der Klausuren zu den teilnehmenden Studenten war daher nicht notwendig. Mit der Approbationsordnung war das aber nicht vereinbar. So mussten die Klausuren im Hauptgebäude in Bockenheim durchgeführt werden, organisiert von der Universität.

Gefährdungen

In der Phase der kriminellen Ausrichtung kleiner Gruppen kam es auch zu Gefährdungen von Personen. Die Formel »Nur Gewalt gegen Sachen, nicht gegen Personen« hatte an Bedeutung verloren, wie ich am eigenen Leib erfuhr. Harmlos war noch das Zerstechen der Reifen meines Privatwagens in der Tiefgarage. Offene Mordaufrufe an den Wänden der Universität wie »Tötet Krupp«, »Krupp an den Galgen«, »Krupp in die Supp« waren nicht so harmlos. Leider wurde das auch konkretisiert durch Drohanrufe, in



denen meiner inzwischen verstorbenen Frau täglich mitgeteilt wurde, wie viele Tage ich noch zu leben hätte. Die Polizei nahm die Drohungen ernst und stellte unser Haus unter Polizeischutz – schwierig auch für meine Söhne, die der Mode der Zeit folgend lange Haare trugen. Teilweise fuhr ich mit Polizeibegleitung zur Arbeit. Glücklicherweise erwies sich das Ganze als leere Drohung. Trotzdem war es eine erhebliche Belastung, nicht nur für mich, sondern für die ganze Familie.

Der Abschied

1979, als ich die Universität verließ, begann die Aufgabe, die Universität wieder zur Gesellschaft hin zu öffnen. Meine Verabschiedung und die Einführung des neuen Präsidenten Hartwig Kelm durch Kultusminister Hans Kröllmann fanden in der Aula statt. Zu dieser Feier waren die Repräsentanten von Stadt, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen. Wie damals üblich, waren wir auf Störungen vorbereitet. Die Festmusik wurde von Orgel und Trompete dargeboten, eine Kombination, die ich persönlich sehr schätze, die aber auch lautstärkemäßig nicht so leicht zu schlagen ist. Die Vorsorge erwies sich als richtig, denn der ASTA hatte in den der Aula gegenüberliegenden Räumen des Kindergartens leistungsfähige Lautsprecher installiert, welche nicht etwa Revolutionsmusik spielten, sondern Operette mit Borstenvieh und Schweinespeck (aus dem Zigeunerbaron). Es gelang uns, den Strom abzustellen. Aber die Ruhe war nur vorübergehend, denn nun kamen die Kinder des Kindergartens mit Blechtellern und Kochtöpfen zum Einsatz. Zu einer ernsthaften Störung der Veranstaltung reichte das zwar nicht, aber die versammelte Gesellschaft durchrieselte trotzdem ein wohliger Angstschauer. Sie hatten nun miterlebt, wie an der Universität gekämpft wurde und fühlten sich als eigentliche Helden des Tages.

Bei mir bleiben in der Erinnerung gemischte Gefühle zurück. Ich habe nie wieder so viel konzentriert gelernt oder lernen müssen, insbesondere politisch. Später habe ich gesehen, dass wir der Universität



Vizepräsident Hans-Jürgen Krupp bei der Präsidentenwahl am 5. Februar 1975. Am 1. April trat er sein Amt als Präsident an.

Frankfurt viel erspart haben, denn sie blieb funktionsfähig und konnte sich ihren eigentlichen Aufgaben in Forschung und Lehre widmen. Das ist nicht allen deutschen Universitäten so gelungen. Persönlich habe ich die Situation der Freien Universität Berlin und der Universität Hamburg kennengelernt. Beide haben Jahre gebraucht, um sich von den Schäden der 70er Jahre zu erholen.

Ich habe auch nach meiner Zeit an der Goethe-Universität nie wieder eine Funktion gehabt, die dazu führte, dass eine so große Zahl von Kollegen, Mitarbeitern, aber auch Studenten dankbar waren, dass wir die Unbilden dieser Zeit solidarisch bewältigt haben. Freilich wurde dies alles teuer erkaufte. Die persönlichen Belastungen waren erheblich.

Liberal trotz der 68er

In Bezug auf die gesamtgesellschaftliche Wirkung der 68er-Bewegung fällt mein Urteil eher zurückhaltend aus. Die konkreten Ereignisse des Jahres 1968 galten nicht der Hochschulreform oder der Gesellschaftspolitik. Soweit sie überhaupt Reformen beabsichtigten, wurden diese nicht realisiert. Sie hatten allerdings eine positive Wirkung als Signal dafür, dass Reformen notwendig sind. Insofern stärkten sie die Reformkräfte und brachten so die Reformen zu mehr Liberalität schneller voran, obwohl diese von den 68ern als technokratisch abgelehnt wurden. Das Problem waren die politischen Ziele der Mehrheit

der linken studentischen Gruppen, die sich zumindest in den 70er Jahren nicht für mehr Liberalität oder mehr Demokratie einsetzten, sondern an kommunistischen Systemen sowjetischer oder maoistischer Prägung orientierten. Abwehr der 68er war deshalb Verteidigung der liberalen Demokratie und an der Universität Verteidigung der akademischen Freiheit.

Leider führte die Demokratisierung in vielen Hochschulen zusammen mit den Unruhen des Jahrzehnts nach 1968 in großen Teilen der Professorenschaft zu einer Bunkermentalität, die weitere Reformen und wissenschaftliche Vielfalt behinderte. Die Pluralität, die vor 1968 deutsche Fakultäten prägte, wurde nun als Gefahr in der universitären Auseinandersetzung angesehen. Bei Berufungen kam es jetzt darauf an, dass man sich auf den Kollegen in Bezug auf seine Grundanschauungen verlassen konnte. Das war ein Rückschritt, weil der wissenschaftliche Fortschritt auf unterschiedliche Positionen angewiesen ist.

Die Frage, ob die positiven oder negativen Auswirkungen dominieren, ist nicht einfach zu beantworten. Im politischen Raum kam es zur Ablösung der sozialliberalen Koalition Helmut Schmidts. Unter ihm hatte die Reformfreudigkeit bereits abgenommen. Vielleicht wäre es ohnehin dazu gekommen, aber ich will nicht ausschließen, dass die 68er-Bewegung dazu beigetragen hat.